

Bund fördert Maßnahmen zur Einbruchssicherung

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat ein Programm zur Förderung von Maßnahmen zur Einbruchssicherung im Gesamtvolumen von 30 Millionen Euro beschlossen. Allein im Zuständigkeitsbereich der Polizeibehörde Kreis Unna (ohne Lünen) kam es im Jahr 2014 zu 903 Wohnungseinbrüchen bzw. Wohnungseinbruchversuchen. Dazu Hubert Hüppe MdB: „Über 40 Prozent der Wohnungseinbrüche sind im Versuchsstadium abgebrochen worden. Das zeigt, wie wirksam ein guter Schutz von Wohnung oder Haus sein kann.“

Deshalb wird der Bund ab diesem Jahr den Einbau sicherer Türen und Fenster, von Gittern und Alarmanlagen mit einem Zuschuss fördern. Für dieses neue Programm stehen bereits im laufenden Jahr 10 Mio. Euro zur Verfügung. Weitere 20 Mio. Euro können in den Folgejahren abgerufen werden. Mieter und Eigentümer können einen Zuschuss in Höhe von 20 Prozent ihrer Investitionssumme für das Material beantragen, wenn sie mindestens 500 Euro investieren.

Die Fördermittel können bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beantragt werden, alle Informationen dazu unter <https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Bestandsimmobilie/Einbruchschutz/>. Die Arbeitskosten der Handwerker können wie bisher schon bei der Steuererklärung berücksichtigt werden. „Wir tun etwas für mehr Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger“, so Hüppe abschließend.